

Andreas Otto (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich von dieser Stelle aus dem Regierenden Bürgermeister, dem neu gewählten, gratulieren und alles Gute wünschen, zum Wohle der Stadt, aber er ist schon beim ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, der heutigen Sitzung verschwunden. [Zuruf von der SPD: Augen auf!] Ich gratuliere Ihnen, auch wenn Sie sich in die letzte Reihe verzogen haben, Herr Wowereit, alles Gute!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Der Volksmund kennt den Spruch: Jeder hat drei Versuche, beim dritten muss es dann aber besser werden. Insofern hoffen wir, dass die neue Regierung von Herrn Wowereit in vielen Themen das für die Stadt leistet, was sie in ihrem Koalitionsvertrag andeutet. Wer den Koalitionsvertrag liest, stellt fest: ein Hort von Prüfaufträgen – nichts Konkretes. Sie haben ein paar Themen angesprochen, aber das Allermeiste bleibt im Nebel. Wenn wir dann der Presse entnehmen und von den Kollegen von der SPD hören, dass es ein besonders sozialdemokratisch gefärbter Vertrag sei, dann fragen wir uns schon: Sie regieren hier seit vielen, vielen Jahren – seit zehn Jahren in den Ressorts und insbesondere im Ressort Stadtentwicklung, in dem die Wohnungspolitik enthalten ist –, warum ist dann so wenig Konkretes in dem Vertrag? Haben Sie keine Informationen? Sie können doch nicht so tun, als ob Sie heute bei null anfangen. Sie sind schon sehr lange in der Verantwortung, und – Herr Müller, da spreche ich Sie persönlich an – wir erwarten da mehr!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir erwarten mehr in der Stadtentwicklung und insbesondere in der Wohnungspolitik für diese Stadt. Es ist gut, dass wir dieses wichtige Thema als erstes nach der Wahl des Regierenden Bürgermeisters diskutieren. Wenn man sich erinnert, so fällt einem bei wohnungspolitischen Großtaten eventuell noch der Börsengang der GSW ein, aber viel mehr auch nicht, was in den letzten Jahren hier geschehen ist. Da muss mehr passieren. Wenn wir – wie im September – viele Tausend Mieterinnen und Mieter auf einer Demonstration haben, dann hat das Ursachen. Dann hat das Ursachen in einer verfehlten Politik und hat zur Folge, dass wir fordern: Tun Sie etwas gegen Segregation in dieser Stadt! Tun Sie etwas, damit Leute ihre Miete bezahlen können! Tun Sie etwas, damit die Leute, die aus den Sozialwohnungen gekündigt werden, eine andere Wohnung bekommen! So einfach ist das!

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wir haben Indizien dafür, dass sich die Stadt in Arm und Reich teilt. Schauen Sie auf den Sozialstrukturatlas oder schauen Sie auf die diese Woche veröffentlichte Schuldneruntersuchung von „Creditreform“! Die Anzahl der überschuldeten Menschen sinkt etwa in Friedrichshain und Prenzlauer Berg, und sie steigt stark in Reinickendorf, Hohenschönhausen oder Spandau. Das deutet darauf hin, dass es Wanderungsbewegungen gibt, die viele vorhergesagt haben und die tatsächlich stattfinden. Wir wollen nicht Pariser Verhältnisse, wir könnten sie aber bekommen. Das wollen wir verhindern.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Sie schreiben zu den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, dass sie differenzierte Mieten nehmen sollen. Das ist eine schwierige Sache. Ich darf daran erinnern: Bisher konnte uns der Senat nicht einmal mitteilen, wer eigentlich dort wohnt, welche Einkommensgruppen, wie viele Kinder, Familienstand, Bildung, usw. Das konnten Sie bisher nicht beantworten. Jetzt wollen Sie sozialdifferenzierte Mieten schaffen, wissen aber nicht wie. Wir haben hier im vergangenen Jahr beschlossen, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sich bei Neuvermietungen nach dem Mietspiegel richten mögen.

[Zuruf von der SPD: Richtig!]

Das ist jetzt ein halbes Jahr her. Gerade haben wir einen zweiten Zwischenbericht bekommen, in dem steht, man brauche erst einmal noch bis Ende März 2012 Zeit, um sich darüber Gedanken zu machen.

[Uwe Doering (LINKE): Genau!]

Wenn das bei Ihnen alles so langsam geht, lieber Herr Müller, dann ist das schlecht, und dann brauchen wir dringend Beschleunigung in diesem Ressort.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir haben hier im letzten Jahr heftig über den sozialen Wohnungsbau diskutiert. Sie haben ein Wohnraumgesetz vorgelegt. Das hat auch die CDU scharf kritisiert. Ich bin sehr verwundert oder auch enttäuscht, dass wir dazu im Koalitionsvertrag nichts finden. Sie haben sich offenbar damit abgefunden, dass dieses verfehlte Gesetz weiter gelten soll. Sie haben sich bei einem anderen Gesetz – da ich Herrn Czaja gerade sehe –, dem Straßenausbaubeitragsgesetz, durchgesetzt, was Ihre Klientel in Ihrem Wahlkreis, was insbesondere Leute mit einem Eigenheim bedient. Sie machen weiter mit der wohnungspolitischen Umverteilung von Geld hin zu den Leuten, die ein Eigenheim haben, und weg von denen, die im Geschosswohnungsbau leben, in der Platte oder anderswo. Denn wir werden alle das bezahlen müssen, womit Sie jetzt Leute entlastet haben, die dem VDN nahe stehen. Das ist falsch, und das muss man an dieser Stelle auch erwähnen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Beifall von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

Ich will noch etwas zum Mietrecht sagen. Wir haben nun eine andere Situation. Bisher hieß es immer: Die SPD ist in der Bundesregierung nicht vertreten. Da könne man nichts machen. Die Bundesratsinitiative ist versandet. – Das ist jetzt anders. Jetzt haben wir die CDU im Boot. Jetzt kommt die CDU in die Pflicht: Sie müssen auf der Bundesebene etwas tun. Sie müssen etwas dafür tun, dass die Modernisierungsumlage gesenkt wird und dass sie vor allem auf wirklich wichtige Modernisierungen fokussiert wird – das sind die energetische Komponente und die Barrierefreiheit. Da müssen Sie jetzt was tun. Da muss die CDU jetzt etwas bringen. Wir hoffen und erwarten, dass Sie sich in die bundespolitische Mietrechtsdebatte qualifiziert einbringen, und werden Sie daran hier sehr oft erinnern. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]